

Weltverfolgungsindex 2024

Wesentliche Entwicklungen

Diese Entwicklungen prägen die Verfolgungssituationen für Christen

- 1. Religiös motivierte Gewalt nimmt mit der Destabilisierung von Subsahara-Afrika zu**
- 2. Ausländischer Einfluss in Subsahara-Afrika erstickt christliches Leben**
- 3. Vor den Wahlen steigt die Gewalt in Indien drastisch an**
- 4. Angriffe auf Kirchen durch Regierungen und Extremisten in bislang höchstem Ausmaß**
- 5. Christen im Nahen Osten und in Nordafrika verlieren immer häufiger ihre Heimat**
- 6. Lateinamerika: Nicaragua verschlechtert sich rapide, Kuba ist schlechtestplatziertes Land**
- 7. Nordkorea erneut auf Platz 1 im Weltverfolgungsindex**
- 8. Einige wenige Lichtblicke**

Weltweit sind mehr als 365 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens einem hohen bis extremen Maß an Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Die Verfolgung hat im Vergleich zum Vorjahr an Intensität zugelegt. Das belegt der neue Weltverfolgungsindex 2024, eine Rangliste der 50 Länder mit der stärksten Christenverfolgung.

Die 50 Länder sind den Rubriken »extreme Verfolgung« (81–100 Indexpunkte) und »sehr hohe Verfolgung« (61–80) zugeordnet. Davon sind aktuell mehr als 317 Millionen der insgesamt dort lebenden rund 756 Millionen Christen betroffen. In 28 weiteren Ländern leiden Christen unter einem zumindest hohen Maß an Verfolgung und Diskriminierung (41–60). Die Intensität der Verfolgung, woraus sich die Positionierung auf dem Weltverfolgungsindex ergibt, lässt sich an der Gesamtpunktzahl für ein Land ablesen.

Christen sind der Verfolgung und Diskriminierung durch Regierungen wie etwa in Iran, China und Nicaragua aus-

gesetzt. Genauso aber auch durch extremistische religiöse und politische Gruppen wie in Indien und Burkina Faso. Insgesamt werden sie in 78 Ländern diffamiert, schikaniert, inhaftiert, geschlagen, vertrieben und ermordet, weil sie sich zu Jesus Christus bekennen. Der Berichtszeitraum des aktuellen Weltverfolgungsindex (WVI) reicht vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2023.

Während dieser Zeitspanne wurden mindestens 4.998 Christen wegen ihres Glaubens ermordet, davon 4.118 allein in Nigeria. Die Dunkelziffer liegt mutmaßlich deutlich höher. In China wurden wie im Vorjahr die meisten Kirchen oder kirchlich genutzte Gebäude geschlossen oder zerstört.

Die aufgrund von Konflikten in vielen Ländern sehr angespannte Sicherheitslage hat in manchen Ländern die Dokumentation der Verfolgung und Diskriminierung von Christen erschwert.

1. Religiös motivierte Gewalt nimmt mit der Destabilisierung von Subsahara-Afrika zu

Islamistische Gewalt gegen Christen charakterisiert deren Verfolgung südlich der Sahara. Dieser Trend hat sich im Berichtszeitraum des WVI 2024 weiter verstärkt. In 26 Ländern südlich der Sahara wurde die Verfolgung und Diskriminierung von Christen als mindestens »hoch« eingestuft. 15 dieser Länder wiesen in der Unterkategorie Gewalt einen »extrem hohen« Wert auf. Im Vorjahr waren 13 Länder der Kategorie »extrem hohe« Gewalt zugeordnet.

Ausschlaggebend für den allgemeinen Anstieg der Gewalt auf dem WVI 2024 war eine Zunahme der Angriffe auf Kirchen, christliche Häuser und Geschäfte. Ein Beispiel für die zunehmende Intensität ist Äthiopien, wo die Zahl der Angriffe auf Kirchen und öffentliche christliche Einrichtungen wie Schulen im Jahresvergleich von 22 auf 284 angestiegen ist. In Burkina Faso und der Zentralafrikanischen Republik wurden gegenüber dem Vorjahr jeweils mindestens zehn Mal so viele Unternehmen von Christen zerstört, geplündert oder beschlagnahmt – in beiden Fällen weit über 1.000. In den 26 Ländern südlich der Sahara mit einem insgesamt mindestens »hohen Maß« von Verfolgung wurden während des 12-monatigen Berichtszeitraums des WVI 2024 mindestens 4.606 Christen wegen ihres Glaubens getötet. Wie schon im Vorjahr entfielen etwa 9 von 10 dieser religiös motivierten Tötungen in den afrikanischen Ländern des WVI auf Nigeria. Die tatsächliche Zahl der Tötungen in diesen Ländern ist wahrscheinlich viel höher, da es in Konflikten und nach Konflikten oft schwierig ist, zuverlässige Berichte über die Auswirkungen von Gewalt zu erhalten.

Neben den tödlichen Angriffen ist die Vertreibung von Christen aus ihren Häusern und Gemeinden ein wichtiger Indikator für antichristliche Gewalt. Daten des in der Schweiz ansässigen Internal Displacement Monitoring Centre sowie des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge zeigen, dass Ende 2022 rund 34,5 Millionen Menschen als Vertriebene (Flüchtlinge und Binnenvertriebene) in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara lebten, die auf dem WVI mindestens ein »hohes Maß« an Verfolgung aufweisen. Von diesen 34,5 Millionen waren schätzungsweise 16,2 Millionen Christen.

Warum die Zunahme der Gewalt?

Das Gesamtbild Afrikas ist komplex, und einzelne Vorfälle ereignen sich entlang eines breiten Spektrums lokaler Gegebenheiten. Ein roter Faden zeigt sich jedoch darin, dass extremistisch-islamische Gruppen die destabilisierenden Bedingungen auf dem gesamten Kontinent ausnutzen. Ein Beispiel: Die sich ohnehin verschlechternde Sicherheitslage

in Mali ist mit dem endgültigen Abzug der französischen Truppen im November 2022 und dem vollständigen Abzug der UN-Mission (MINUSMA) bis Ende Dezember 2023 noch fragiler geworden, Angriffe von Dschihadisten nahmen zu.

Ein weiterer Grund: Die Militärputsche, die 2023 einen Regimewechsel in Niger und Gabun erzwangen, waren nur die jüngsten in einer Reihe von Umstürzen, die bis in die Jahre 2022 und 2021 zurückreicht. Historisch gesehen sind Militärregime religiösen Minderheiten gegenüber eher nicht wohlgesonnen – in Niger ist die Entwicklung allerdings anders: die Putschisten haben einen Christen in die Regierung berufen. Umstürze sind auf dem Kontinent keine Seltenheit, ihre jüngste Häufung bedeutet jedoch einen Rückschritt für die demokratische Entwicklung – für Religionsgemeinschaften ein Anlass zur Sorge.

Wie schon in den vergangenen Jahren schufen die Probleme in den Bereichen Regierungsführung und Sicherheit mehr Raum für dschihadistische Aktivitäten in Burkina Faso, Mali und Nigeria, aber auch in Somalia, Mosambik und anderen Ländern der Region. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch [dokumentierte](#) »weit verbreitete Tötungen, Vergewaltigungen und Plünderungen von Dörfern im Nordosten Malis« durch militante Dschihadisten seit Januar 2023.

In Afrika südlich der Sahara breiten sich Gruppen, die mit dem Islamischen Staat (IS) und al-Qaida verbunden sind, besonders stark aus. Der östliche Teil der Demokratischen Republik Kongo etwa ist zu einem sicheren Rückzugsort für die islamische Gruppe Allied Democratic Forces (ADF) geworden, die sich zum IS bekannt hat. Die ADF versuchen, Uganda zu destabilisieren, und attackieren seit mehreren Jahren Kirchen und Christen im Nordosten des Kongo. Im Januar 2023 zündeten ADF-Kämpfer während eines Gottesdienstes in der Grenzstadt Kasindi (Ostkongo) eine Bombe; dabei wurden mindestens 12 Menschen getötet und Dutzende verletzt.

In Nigeria haben zwar Tausende Kämpfer der islamisch-extremistischen Boko Haram ihre Waffen niedergelegt, die Gruppe ist aber immer noch aktiv. Wesentlich aktiver ist jedoch die Gruppe ISWAP (Islamischer Staat – Westafrikanische Provinz), die für den Nordosten Nigerias und viele andere Landesteile eine große Bedrohung darstellt. Es kommt weiterhin zu Überfällen auf überwiegend christliche Kommunen mit Morden, Entführungen, sexueller Gewalt und der Zerstörung von Lebensgrundlagen, wobei ein Großteil davon

auf das Konto militanter Fulani geht. Von all dieser Gewalt sind [Christen unverhältnismäßig stark betroffen](#).

Ein Beispiel für die regelmäßigen Gewaltausbrüche in Nigeria ist die Serie von Angriffen auf christliche Kommunen im Bundesstaat Plateau in der Zeit vom 17. April bis zum 10. Juli 2023, bei der laut einem [Bericht der Para-Mallam Peace Foundation](#) 315 Christen und 31 Muslime getötet wurden. Von den wochenlangen Angriffen waren nicht weniger als 6.603 Haushalte betroffen; 18.751 Menschen wurden vertrieben, fast ausschließlich Christen, darunter 6.066 Waisenkinder im Alter von 0–5 Jahren. Diese

Binnenvertriebenen wurden vorübergehend in 14 Lagern untergebracht, die von den lokalen Kirchenräten der Church of Christ in Nations (COCIN-LCC) betrieben werden.

Doch selbst wenn sie nicht explizit aus religiösen Gründen angegriffen werden, sind Christen in ganz Subsahara-Afrika im Rahmen der allgemeinen Konflikte in der Region, wie etwa in Äthiopien, Sudan und Kamerun, besonders gefährdet. Christen sind »weiche Ziele«, die ohne besonderes Risiko angegriffen werden können. Diese »Verfolgung aus Zweckmäßigkeit« schränkt ihre Zukunftsaussichten sowie die ihrer Familien und künftiger Generationen erheblich ein.

2. Ausländischer Einfluss in Subsahara-Afrika erstickt christliches Leben

China und Russland bieten sich autoritären Regime in der Region als Partner an

China stärkt zunehmend autokratische Regime in Afrika durch Infrastruktur, Technologie und Ausbildung. Unternehmen wie Huawei dringen massiv in afrikanische Märkte ein. Nach Angaben des britischen Institute of Development Studies geben afrikanische Regierungen insgesamt jährlich über 1 Milliarde Dollar für Überwachungstechnologien aus. Der größte Kunde ist das bevölkerungsreichste Land Afrikas, Nigeria. Dortige Abnehmer sind sowohl die Zentralregierung als auch die Regierungen einzelner Bundesstaaten. Auch Europa und die Vereinigten Staaten waren dem Bericht zufolge bereitwillige Verkäufer solcher Technologien, doch China hat ihnen hinsichtlich Marktanteilen längst den Rang abgelaufen.

Chinas Regierung hat Afrika als den wichtigsten Markt für den direkten Export seines autoritären Regierungsmodells erwählt. Auf einem neuen Campus in Tansania hat die Kommunistische Partei Chinas ihre erste Auslandsakademie eröffnet, die sich der Ausbildung politischer Führungskräfte nach dem Modell Pekings widmet: Ziel ist die Verschmelzung von Einparteienherrschaft mit Wirtschafts- und Sozialplanung. Politische Parteien aus sechs afrikanischen Ländern bilden die ersten Kader der Akademie.

Ausländischer Einfluss in Afrika kam während des WWI-Berichtszeitraums auch aus Russland – genauer gesagt von der Wagner-Gruppe, einem privaten paramilitärischen Unternehmen, von dem allgemein angenommen wird, dass es intensive Verbindungen zur russischen Regierung hat. Die Gruppe war zunehmend in verschiedenen afrikanischen

Ländern aktiv, darunter Burkina Faso, Mali, die Zentralafrikanische Republik, Mosambik und Madagaskar. Wagner ist bekannt für seine rücksichtslose Vorgehensweise bei der angeblichen Eindämmung extremistischer Aktivitäten, Grausamkeiten gegenüber der Zivilbevölkerung eingeschlossen, und hat sich in Afrika südlich der Sahara etabliert.

Wagner hat sich zu einer der am meisten gefürchteten Organisationen in der Sahelzone entwickelt, insbesondere in Burkina Faso, Mali und anderen Ländern, in denen ihre Präsenz spürbar war oder ist. Ihr Einfluss hat den Raum für Christen erheblich eingeschränkt. Es ist gefährlich geworden, sich gegen staatliche Ungerechtigkeiten oder die von Wagner verübten Grausamkeiten auszusprechen. Forscher in Burkina Faso und Mali stellen fest, dass es fast unmöglich und manchmal lebensgefährlich ist, die von dieser Gruppe begangenen Gräueltaten zu dokumentieren. Der kollektive Wunsch in der Region ist zweifellos, dass terroristische Gruppen bekämpft werden. Die Wagner-Miliz schon jedoch keine Zivilisten, was die Situation weiter verkompliziert. Die geopolitische Komplexität erschwert die Situation zusätzlich. Insbesondere Protestanten unter den Christen müssen mit Konsequenzen rechnen, wenn sie mit der Opposition westlicher Länder gegen Wagner-Aktionen in Verbindung gebracht werden. Die Bedrohung durch Wagner geht über Menschenrechtsverletzungen hinaus. Ihre Manipulation wichtiger Wirtschaftssektoren wie etwa des Bergbaus macht afrikanische Nationen anfällig für mehr Chaos und Instabilität.

3. Vor den Wahlen steigt die Gewalt in Indien drastisch an

In Indien, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt, stellt sich die Situation für Christen sehr unterschiedlich dar. Ihre Lage hat sich in einigen Landesteilen rapide verschlechtert und in anderen verbessert. Hinsichtlich Gesamtpunktzahl

für das ganze Land hat sich die Religionsfreiheit für Christen um einen Punkt verschlechtert, wobei die von Hindunationalisten ausgeübte Gewalt gegen Christen deutlich zugenommen hat.

Übergriffe auf Christen in Indien	WVI 2022	WVI 2023	WVI 2024
Wegen ihres Glaubens ermordete Christen	10	17	160
Religiös motivierte Angriffe			
• auf christliche Kirchen, Schulen, andere Einrichtungen	47	67	2.228
• auf Häuser von Christen	91	180	5.900
• auf Unternehmen von Christen	2	37	1.572
Vertreibung von Christen aus ihren Häusern / ihrer Region	380	834	62.000

Das Epizentrum des sprunghaften Anstiegs von Gewalt und Vertreibung war der nordöstliche Bundesstaat Manipur, wo im Mai 2023 Feindseligkeiten zwischen der Mehrheitsethnie der Meitei und der Minderheit der Kuki ausbrachen. Das Begehren der politisch etablierten Meitei nach einem offiziellen (und privilegierten) Stammesstatus stieß auf den Protest der überwiegend christlichen Kuki. Der Status wird üblicherweise Minderheiten wie den Kuki zu ihrem Schutz verliehen. Die Kuki äußerten ihre Sorge, dass die Verleihung des offiziellen Status an die Meitei diese mehrheitlich hinduistische Gruppe ermächtigen würde, sich in Kuki-Gebieten anzusiedeln. Die anfänglich online geführten Auseinandersetzungen mit vielen Hassreden gegen die Kuki schlugen bei einer Demonstration der Kuki plötzlich in Gewalt um, als die Demonstranten angegriffen wurden. Viele Menschen wurden getötet – darunter weit mehr als 100 Christen – und Zehntausende von ihnen aus ihren Häusern vertrieben. Mehr als 400 Kirchen wurden zerstört, von denen über die Hälfte Meitei-Gemeinden gehörten. Selbst hier waren die Angreifer Stammesangehörige der Meitei, was belegt, dass die Gewaltakte nicht lediglich auf einen ethnischen Konflikt zwischen Meitei und Kuki zurückzuführen sind, sondern ein gezielter Angriff auf die Christen in der Region waren.

Die Vereinten Nationen äußerten in einer [Erklärung](#) ihr Entsetzen über »Bilder von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Hunderte von Frauen und Mädchen aller Altersgruppen, die überwiegend der ethnischen Minderheit der Kuki angehören. Zu den berichteten Gewalttaten gehören Gruppenvergewaltigungen, das Zurschaustellen nackter Frauen in

den Straßen, brutale Prügel mit Todesfolge und das Verbrennen lebendiger oder bereits getöteter Menschen.«

Die Bedingungen in den Flüchtlingslagern in Manipur und im benachbarten Bundesstaat Mizoram haben sich verschlechtert; die Vereinten Nationen haben auf eine energischere humanitäre Reaktion gedrängt. Die indische Regierung hat jedoch spät und langsam reagiert. Um Gewalt vorzubeugen, hat sie Anti-Terror-Einheiten eingesetzt, die Berichten zufolge ihr Mandat als Vorwand für Angriffe auf Minderheiten missbrauchen. Während der Unruhen wurden Internet und Telefonnetze abgeschaltet, davor und danach gab es zahlreiche Online-Fehlinformationen.

Der von Premierminister Narendra Modi und der regierenden Bharatiya Janata Party (BJP) propagierte Hindu-Nationalismus befeuerte auch die Unruhen in Manipur und prägt große Teile des Landes. Extremistische Hindus betrachten Christen als Fremdkörper im Land. Sie gehen deshalb auch gewalttätig gegen Christen vor, um ein rein hinduistisches Indien zu schaffen. Christen mit hinduistischem Hintergrund werden oft unter Druck gesetzt, wieder Hindus zu werden.

Dies zeigte sich etwa in zunehmenden Feindseligkeiten gegen Christen in den Bundesstaaten Madhya Pradesh und Chhattisgarh. Dort stellten Ende 2022 die Bewohner eines Dorfes 200 Christen aus 70 Familien ein Ultimatum: Sie sollten ihrem Glauben absagen oder das Dorf verlassen. Wer protestierte, wurde verprügelt. Ebenfalls Ende 2022 verhaftete die Polizei in Uttar Pradesh neun Pastoren wegen

»Bekehrungsaktivitäten«. Einer von ihnen hatte lediglich die Hochzeit für seine Tochter und ihren Mann ausgerichtet. Uttar Pradesh ist einer von 11 indischen Bundesstaaten mit Anti-Bekehrungs-Gesetzen. Christen werden oft beschuldigt, sie hätten den Glaubenswechsel vormaliger Hindus mit unlauteren Mitteln herbeigeführt. Deshalb gehen die Behörden mit Razzien und Verhaftungen gegen sie vor. Anklagen dieser Art gegen Hindus sind dagegen selten, obwohl sie Rückbekehrungsveranstaltungen zum Hinduismus mit Hunderten Teilnehmern durchführen.

Aktuell berät der Oberste Gerichtshof Indiens, ob die Kategorie der »scheduled caste«, deren Mitglieder allgemein als Dalits (Unberührbare) bekannt sind, auf Christen und Muslime ausgeweitet werden soll. Das äußerst sensible Thema hat das Potenzial, große politische Unruhen auszulösen. Das lässt für die 2024 anstehenden indischen Parlamentswahlen weitere Unruhen erwarten. Religiöse Konflikte als politischen Zündstoff einzusetzen ist ein erprobtes Mittel der hindunationalistischen BJP, um die Kontrolle über die nationale Regierung zu behalten.

4. Angriffe auf Kirchen durch Regierungen und Extremisten in bislang höchstem Ausmaß

Die zehn Länder des WVI 2024, in denen die meisten Kirchen angegriffen wurden, sind: China, Indien, Nigeria, Nicaragua, Äthiopien, Ruanda, Sudan, Burkina Faso, Niger und Angola. Insgesamt wurden in diesen Ländern 14.129 Kirchen oder andere christliche Einrichtungen angegriffen oder geschlossen. In allen von Open Doors im Rahmen des WVI 2024 gelisteten 78 Ländern (davon 50 auf der offiziellen Liste sowie weitere 28 mit einem ebenfalls hohen bis sehr hohen Maß an Verfolgung und Diskriminierung) waren es insgesamt 14.766 Vorfälle. Es wird jedoch von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen. Auf China entfallen mehr als 10.000 und auf Indien 2.228 Angriffe auf oder Schließungen von Kirchen sowie ihren Einrichtungen.

Am stärksten betroffen von Kirchenschließungen sind die sogenannten »Hauskirchen« in China. Die ihnen zugehörigen Christen trafen sich anfangs als kleine, nicht registrierte Hausgruppen. Bald wuchsen viele ihrer Versammlungen auf Hunderte oder Tausende von Christen an, die ihre wöchentlichen Gottesdienste oft in Hotels oder gemieteten Büroetagen feierten. Die Behörden nutzten jedoch die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, um Versammlungen zu verbieten. Da vielfach Verbote nach Ende der Pandemie nicht aufgehoben wurden, treffen Hauskirchen sich wieder in kleinen Hausgruppen, die schwerer aufzuspüren sind. Aber auch viele der staatlich anerkannten Kirchen werden gezwungen, zu schließen; sie müssen mit größeren Kirchen fusionieren. Zahlreiche behördliche Maßnahmen zur Regelung des religiösen Lebens zielen darauf ab, das kirchliche Leben zu schwächen oder zu verbieten.

Anders als in China werden Angriffe auf Kirchen in Indien von aggressiven Volksmengen verübt. Wie in Kapitel 3 berichtet, kam es am 4. Mai 2023 in der Stadt Imphal in

Manipur zu gewaltsamen Unruhen. Nach [Angaben von Erzbischof Dominic Lupon](#) von Imphal wurden dabei innerhalb der ersten 36 Stunden 249 Kirchen der Meitei zerstört – einer mehrheitlich hinduistischen Bevölkerungsgruppe. Dies geschah jedoch nicht etwa durch die Hände der zumeist christlichen Kukis, sondern durch Meitei-Hindus. Laut Lupon waren die Angriffe der Meitei gut organisiert, auch durch die Gruppen Arambol Tenggol und Meitei Leepun.

In Nigeria, Burkina Faso und Niger werden Kirchen oder öffentliche christliche Gebäude zumeist von islamistischen Gruppen angegriffen, einschließlich tödlicher Überfälle auf Gottesdienste. Im Berichtszeitraum des WVI 2024 wurden rund 950 Angriffe in diesen Ländern erfasst, in Nigeria allein lag die Zahl bei 750.

Bei Angriffen auf Kommunen werden die Menschen oft vertrieben. So sind Christen gezwungen, ihre Häuser, Geschäfte, Felder, Kirchen und christlichen Einrichtungen (auch Friedhöfe) zu verlassen. Diese werden meist zerstört. Ihre Vertreibung kann vorübergehend, langfristig oder für immer sein.

Angaben zu Angriffen auf christliche Kommunen in Nigeria im Berichtszeitraum des WVI 2024

Gesamtzahl der Angriffe auf christliche Kommunen, bei denen Christen getötet oder entführt wurden	1.099
Angriffe auf christliche Kommunen, bei denen 5 oder mehr Christen getötet wurden	323
Angriffe auf christliche Kommunen, bei denen 10 oder mehr Christen getötet wurden	157

Bei Angriffen auf christliche Kommunen werden auch Kirchen oder kirchliche Einrichtungen (Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser) zerstört oder verlassen. Das kirchliche Leben droht dadurch in ganzen Regionen ausgelöscht zu werden, zumindest wird es erheblich geschwächt.

Algerien steht in der Liste der Länder mit Angriffen auf Kirchen zwar weit unten, dennoch ist die Situation dramatisch. 46 Kirchen im Land sind der Église Protestante d'Algérie (protestantischer Dachverband EPA) angeschlossen. Im Jahr 2023 sind nur noch vier davon geöffnet. Auch mehrere unabhängige Kirchen haben ihre Arbeit eingestellt. Diese Situation ist auf ein Gesetz von 2006 zurückzuführen, das die algerische Regierung verstärkt einsetzt,

um Druck auf die EPA auszuüben. Sie lässt Kirchenleiter verhören und wegen »Abhaltens von Gottesdiensten ohne Genehmigung« oder ähnlicher Vergehen anklagen. Mehrere Kirchenleiter erhielten mündlich die Anweisung, ihre Kirchen zu schließen. Das ist neu. In den vergangenen Jahren erhielten die Kirchen ein offizielles Schreiben mit der Anordnung zur Schließung ihrer Kirchen, das vor Gericht angefochten werden konnte. Mindestens 18 Christen, darunter Leiter und andere in der Kirche aktive Personen, wurden zu Haftstrafen – oft auf Bewährung – verurteilt. Diese Maßnahmen der Regierung zwingen die wenigen verbliebenen Kirchen zu erwägen, alle sichtbaren Aktivitäten im Jahr 2024 einzustellen. Der Raum für christliches und kirchliches Leben in Algerien schrumpft spürbar.

5. Christen im Nahen Osten und in Nordafrika verlieren immer häufiger ihre Heimat

Der jahrelange Bürgerkrieg in Syrien hat zur Zerstreuung der Christen im Land geführt und die Kirche geschwächt. Das verheerende Erdbeben im Februar 2023 hat ihre notvolle Lage noch verschlimmert. Auf dem WVI 2024 verschlechterte sich das Land um einen Punkt. Christen, die vor der Gewalt des Krieges an mehreren Fronten fliehen und inmitten der kollabierenden Wirtschaft überleben müssen, wurden leichte Ziele von Gewalt und von islamischer Unterdrückung. Deshalb haben sich viele aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen.

Militante islamische Gegner des Assad-Regimes, wie die Hay'at Tahrir al-Shām und Teile der Gruppe Islamischer Staat (IS), haben historische Kirchen zerstört oder besetzt. In den von ihnen kontrollierten Gebieten sind christliche Leiter in großer Gefahr, angegriffen oder entführt zu werden. Christen, die nicht gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben wurden, haben in diesen Gebieten kaum die Freiheit, ihren Glauben zu bekennen.

In den von der Regierung kontrollierten Gebieten hängt die Haltung des Regimes gegenüber Kirchen davon ab, welchem Kirchenverband sie angehören. Obwohl alle Kirchen Druck erfahren, haben traditionelle Kirchen wie die orthodoxe und römisch-katholische meist mehr Möglichkeiten, ihre Rechte einzufordern, als evangelikale Kirchen wie Baptisten und Pfingstgemeinden.

Christen sind in den anhaltenden Konflikten gefangen, werden jedoch auch in einigen Fällen gezielt attackiert. In Afrin etwa nehmen Berichten zufolge die von der Türkei unterstützten Truppen kurdische Christen ins Visier.

Infolge des katastrophalen Erdbebens wurden 9 von 10 Menschen, die bereits mindestens einmal vor der Gewalt des Krieges fliehen und in Lagern für Binnenvertriebene leben mussten, laut [Action for Humanity](#) erneut vertrieben. Das Beben »zerstörte nicht nur weitere Häuser, Schulen und Spielplätze für Kinder, sondern auch jegliches Gefühl von Sicherheit für so viele der am meisten gefährdeten Kinder und Familien«, sagte der Direktor von UNICEF. Christliche Kinder waren ohnehin in einer verletzlichen Situation, da viele christliche Schulen wegen des Krieges beschädigt sind und teilweise geschlossen wurden. Die betroffenen Kinder müssen auf staatliche Schulen ausweichen, wo sie wegen ihres Glaubens oftmals schikaniert oder verfolgt werden.

Zusätzlich haben wenige Wochen nach dem Erdbeben Kämpfer der Hay'at Tahrir al-Shām Regierungstruppen angegriffen und der IS hat Anschläge verübt. Diese neuen Konflikte haben bei christlichen Familien eine weitere Migrationswelle ausgelöst. Sie erleben, dass sie bei ihren muslimischen Landsleuten nicht willkommen sind und damit auch nicht länger in ihrem Heimatland.

Auch in anderen Teilen des Nahen Ostens wird das christliche Leben nach und nach unerträglich. Im Jahr 2023 setzte die Türkei ihre jahrelangen militärischen Angriffe auf den Nordirak fort, um die Arbeiterpartei Kurdistans zu bekämpfen. In diesem Gebiet leben die meisten irakischen Christen. Sie wurden so daran gehindert, in ihre Dörfer zurückzukehren.

Einem Experten für das Land zufolge hat der Druck auf die Christen im Irak im vergangenen Jahr weiter zugenommen,

nachdem im Juni 2023 in [Schweden](#) öffentlich Seiten des Korans verbrannt wurden.

Für zusätzlichen Druck auf Christen in Irakisch-Kurdistan sorgte eine Anklage wegen Blasphemie gegen zwei Christen. Der Hintergrund waren Online-Botschaften, die sie in den sozialen Medien veröffentlicht hatten. Einer der beiden wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, der andere musste das Land zu seiner Sicherheit verlassen, da ein Verfahren gegen ihn anhängig war. Die beiden Fälle wurden im Internet weithin bekannt gemacht, was zusätzlichen Hass gegen Christen in der Region schürte.

Libyen kletterte auf den dritten Platz des WVI 2024. Im Mai 2023 kam es dort zu einem größeren Zwischenfall, bei dem mehrere Christen muslimischer Herkunft [verhaftet](#) und zwei ausländische Christen [deportiert](#) wurden. Im Berichtszeitraum des WVI 2024 wurden Hunderte von Migranten [willkürlich von den libyschen Behörden festgenommen](#), darunter auch Christen aus Subsahara-Afrika und Ägypten. Es wird vermutet, dass mehrere von ihnen auch wegen ihres christlichen Glaubens ins Visier genommen wurden. Berichte über weit verbreiteten Menschenhandel, (sexuellen) Missbrauch, Folter und Erpressung gibt es in Libyen schon seit Jahren. Christliche Migranten sind wegen ihres Glaubens besonders anfällig

für solche Misshandlungen und halten ihren Glauben deshalb streng geheim.

Tunesiens Punktzahl auf dem WVI 2024 ist weiter gestiegen, da das Land unter Präsident Kais Saied weiter in den Autoritarismus abdriftet. Nach der Verhängung des Ausnahmezustands im Jahr 2021 setzte Saied den Premierminister ab, löste das Parlament auf, entließ Richter und leitete Ermittlungen gegen politische Gegner ein. Im Jahr 2023 wurde ein wichtiger Oppositionsführer verhaftet, und Saied erntete internationale Kritik für eine Rede mit rassistischen Untertönen, in der er Afrikaner aus den Ländern südlich der Sahara beschuldigte, »Kriminalität und Gewalt« nach Tunesien zu bringen. Der daraus resultierende Volkszorn traf die Christen aus Subsahara-Afrika in Tunesien schwer. Viele von ihnen verloren ihren Arbeitsplatz, während andere aus dem Land flohen.

Selbst im Libanon, wo der Anteil der Christen an der Bevölkerung größer ist als in jedem anderen Land des Nahen Ostens, erleben die Christen einen Rückgang ihrer Privilegien und ihres Einflusses im nationalen Leben. Angriffe auf Kirchen und christliches Eigentum durch Muslime nehmen zu. Auch wegen der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage denken viele Christen darüber nach, ihr Land zu verlassen.

6. Lateinamerika: Nicaragua verschlechtert sich rapide, Kuba ist schlechtestplatziertes Land

In Lateinamerika fällt besonders die negative Entwicklung in Nicaragua auf. Vor einem Jahr noch auf Platz 50 des WVI, hat sich das Land um 20 Plätze verschlechtert und steht nun auf Platz 30. Nicaragua legt mehr als 5 Punkte zu, was einem Negativ-Anstieg von 8,3 % entspricht; das ist die rapideste Verschlechterung in Lateinamerika und eine der deutlichsten unter allen WVI-Ländern.

Der rasante Anstieg der Punktzahlen in Nicaragua ist auf die zunehmend offene Feindseligkeit der Regierung gegenüber den Kirchen zurückzuführen. Die Einschränkung der Religionsfreiheit erfolgt nicht mehr indirekt, sondern offen und auf Basis eines wie für diesen Zweck maßgeschneiderten juristischen Korsetts. Wer die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung durch die Regierung kritisiert – gleichgültig ob aus religiösen oder anderen Beweggründen – wird verhaftet; im Fall von rechtlichen Auseinandersetzungen oftmals auch die Verteidiger. Universitäten und anderen Einrichtungen, die mit der Kirche verbunden sind, wurde die Zulassung entzogen. In christlichem Besitz befindliche Immobilien und Medien wurden beschlagnahmt. Katholische Priester und Bischöfe

wurden der Spionage beschuldigt, etlichen die Staatsbürgerschaft entzogen; Nonnen und andere Kirchenvertreter wurden ins Exil gezwungen. Einige christliche Feiertage dürfen nicht mehr öffentlich gefeiert werden. Nicaraguas Regierung schloss sogar ihre Botschaft beim Vatikan.

Das wohl bekannteste Beispiel für die Unterdrückungskampagne seitens der Regierung begann in der zweiten Hälfte des Jahres 2022, als sie eine Vielzahl von Anschuldigungen gegen den Bischof von Matagalpa erhob. Bischof Rolando Álvarez, einem lautstarken Verfechter der bürgerlichen Freiheiten, wurde daraufhin die Staatsbürgerschaft entzogen. Als er sich weigerte, in die USA auszuwandern, wurde er im Februar 2023 zu mehr als 26 Jahren Gefängnis verurteilt. Laut dem Richter, der das Urteil im nationalen Fernsehen verkündete, »gelte der Bischof als [Landesverräter](#) und habe sich als Mittäter mehrerer Verbrechen schuldig gemacht: der Untergrabung der nationalen Integrität, der Verbreitung von Falschnachrichten durch Informations- und Kommunikationstechnologien, der Behinderung von Ämtern sowie des schweren Ungehorsams oder der Missachtung von Behörden. Dies alles

sei geschehen in echtem Widerstreit und zum Schaden der nicaraguanischen Gesellschaft und des Staates Nicaragua.«

Die Verurteilung von Álvarez, seine Inhaftierung in Nicaraguas berüchtigtem Gefängnis Modelo und die Angriffe des Regimes auf die Religionsfreiheit im Allgemeinen und auf die katholische Kirche im Besonderen haben weltweit für Empörung gesorgt. Die Europäische Union hat eine förmliche Verurteilung ausgesprochen, während das US-Außenministerium [Visabeschränkungen](#) für mitschuldige nicaraguanische Regierungsbeamte erlassen hat. Der Ständige Rat der Organisation Amerikanischer Staaten [warf Ortega vor](#), Nicaragua habe sich von seinen früheren Verpflichtungen gegenüber internationalen Pakten zum Schutz der »Gedanken- und Meinungsfreiheit sowie der Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit« abgewandt. Die UN-Menschenrechtsexpertengruppe für Nicaragua [erklärte](#) im September, dass die umfassenden Menschenrechtsverletzungen im Land Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.

Die Unterdrückung der Kirche in Nicaragua fügt sich in die zunehmend autokratische Herrschaft des Ortega-Regimes seit der Wahl im Jahr 2006 ein, insbesondere seit der Niederschlagung der pro-demokratischen Bewegung im Jahr 2018. Die Regierung will die Christen zum Schweigen bringen, und – weil sie Einfluss im Land haben – ihre Glaubwürdigkeit beschädigen, um die Verbreitung ihrer Botschaft zu verhindern. Insofern setzt Nicaragua mit seiner rasanten Verschlechterung auf dem WVI keinen neuen Trend, sondern zieht mit dem kommunistischen Einparteiensstaat Kuba gleich.

Kuba belegt unter den Ländern Lateinamerikas den schlechtesten Platz auf dem WVI. Die kommunistischen Diktaturen in der Region haben ihre Kampagnen gegen die Glaubensfreiheit der Christen verstärkt, die Verfolgung in der Region hat erheblich zugenommen.

7. Nordkorea erneut auf Platz 1 im Weltverfolgungsindex

20 Jahre lang stand die Demokratische Volksrepublik Korea auf Platz 1 des WVI und galt als das Land mit der härtesten Christenverfolgung. 2022 rutschte es kurz auf Platz 2 ab, gleich hinter Afghanistan, das im Sommer 2021 von den Taliban übernommen worden war.

Nachdem alle Christen, die dazu in der Lage waren, Afghanistan oder den Wohnort verlassen hatten, ging das Ausmaß religiös motivierter Gewalt zurück, auch wenn die Gefahr für Christen unverändert hoch ist. Dadurch rückte Nordkorea im Berichtszeitraum 2023 wieder auf Platz 1 des WVI.

Im August kündigte Pjōngjang an, die Grenze zu seinem westlichen Nachbarn wieder zu öffnen. In den folgenden Wochen hat China laut Human Rights Watch (HRW) Hunderte von nordkoreanischen Flüchtlingen in ihr Heimatland deportiert. Das Völkerrecht verbietet aber Zwangsrückführungen.

Laut HRW sind »die Rückkehrer, zumeist Frauen, in großer Gefahr, in Zwangsarbeitslagern festgehalten und mit Folter, sexueller Gewalt sowie Verschwindenlassen und Hinrichtung konfrontiert zu werden«.

Nordkoreas Regierung hatte die Grenze zu China im Jahr 2020 während der COVID-19-Pandemie geschlossen. Versuchte Grenzübertritte nach China waren daher seltener geworden.

In allen fünf Bereichen des christlichen Lebens, die von den Forschern des WVI untersucht werden, hat der Druck auf nordkoreanische Christen die höchste Punktzahl erreicht. Der von Pjōngjang auf Christen ausgeübte Druck ist konstant und extrem hoch. Dennoch durchdringen neue Triebe des christlichen Glaubens immer wieder die Decke der unerbittlichen Unterdrückung.

8. Einige wenige Lichtblicke

Obwohl sich die Lage der Christen in Mali verschlechtert hat, ist erwähnenswert, dass die malischen Wähler im Juni 2023 einem Referendum über die Annahme einer neuen Verfassung zugestimmt haben. Dieser Schritt könnte den Weg für die Rückkehr zu einer zivilen Regierung und die Abhaltung von Neuwahlen im Jahr 2024 ebnen. Die Militärregierung hatte sich verpflichtet, auf die Rückkehr zur Zivilregierung hinzuwirken, nachdem die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten eine Reihe von Handels- und Finanzsanktionen aufgehoben hatte. Die neue Verfassung enthält eine klare Anerkennung der christlichen Minderheit im Land.

Inmitten der vielen Einschränkungen des christlichen Lebens in Indien gibt es auch positive Entwicklungen. Bei den

Wahlen im Bundesstaat Karnataka im Frühjahr 2023 hat die Kongresspartei die hindu-nationalistische BJP verdrängt. Die Hindustan Times zitiert dazu den neuen Staatsminister Priyank Kharge der Kongresspartei mit den Worten, dass »viele Verordnungen und Gesetze unter dem vorherigen BJP-Regime, wie die Überarbeitung von Schulbüchern und Anti-Bekehrungs-Gesetze, gegen die Interessen des Staates gerichtet waren und überarbeitet oder zurückgezogen werden.«

Sri Lanka verschlechterte sich um 3 Punkte auf Platz 58 des WVI. Dennoch berichten Partner von Open Doors von Erfolgen bei der Ausbildung von Pastoren, die sich für ihre verfassungsmäßigen Rechte einsetzen. Dadurch konnten in einigen Fällen Kirchenschließungen verhindert werden.

Open Doors Deutschland e.V.

Postfach 11 42 · 65761 Kelkheim

T 06195 6767-0

E info@opendoors.de · I www.opendoors.de

Pressebüro

T 06195 6767-180

E pressebuero@opendoors.de